

M. Rainer Lepsius

Herausforderung und Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung

Die Expansion der Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik hat dazu geführt, daß immer mehr Personen in immer mehr Berufen genötigt sind, sich mit den Denkweisen dieser Disziplinen zu befassen. Das gilt wahrscheinlich auch für zahlreiche Leser unserer Zeitschrift innerhalb und außerhalb der Universität. Wir glauben, daß der im Folgenden abgedruckte Beitrag dazu von Nutzen sein kann. Sein Verfasser ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Ordinarius für Soziologie an der Universität Mannheim. Der Text wurde zuerst in den Mitteilungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heft 3/1973 publiziert (Pr).

Auf die Sozialwissenschaften richtet sich zunehmend öffentliches Interesse. Selbst in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 ist von ihnen die Rede. Dort versichert die Bundesregierung, sie werde darauf achten, daß die sozialen und gesellschaftlichen Folgen der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung in die Forschung einbezogen werden und daß darüber hinaus auch der gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenforschung größere Aufmerksamkeit zuteil werde. Schon im Forschungsbericht IV der Bundesregierung vom April 1972 wird die Förderung der Sozialwissenschaften hervorgehoben. In verschiedenen Gremien wird über Sonderprogramme für die Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung beraten und diskutiert.

Wie kommt es zu diesem breiten öffentlichen Interesse? Noch vor 10 Jahren hatten die Sozialwissenschaften um ihre Anerkennung zu kämpfen; sie hatten — nicht immer erfolgreich — für sozialwissenschaftliche Forschung zu werben. Heute, so scheint es, sind die Erwartungen der Öffentlichkeit eher größer als das Selbstvertrauen der Sozialwissenschaftler. Ein rascher Umschwung ist eingetreten.

Doch zuvor noch einige kurze Bemerkungen zu dem Bereich, von dem hier die Rede ist. Der Ausdruck Sozialwissenschaften ist recht weitläufig. Da der Mensch ein soziales Wesen ist und seine kulturellen und technischen Hervorbringungen das Produkt sozialer Interaktionen sind, hat fast alles einen sozialen Aspekt. In einem engeren Wortgebrauch faßt man unter den Sozialwissenschaften zusammen: Soziologie, Sozialpsychologie, Politische Wissenschaft und alle jene Teildisziplinen, die sich sozialwissenschaftlicher Theorien und der Methoden der empirischen Sozialforschung bedienen: etwa Sozialanthropologie, Sozialgeographie, sozialwissenschaftliche Erziehungswissenschaft, auch Sozialgeschichte und Kommunikationsforschung. In einem weiteren Sinne rechnen auch die Rechtswissenschaft und die Wirtschaftswissenschaften

zu den Sozialwissenschaften, doch ihre lange und angesehene Eigenständigkeit hat dazu geführt, daß sie selbständig und im eigenen Namen neben die Sozialwissenschaften im engeren Sinne treten. So wollen auch wir hier von Sozialwissenschaften stets im engeren Sinne sprechen, also im wesentlichen darunter Soziologie, Sozialpsychologie und Politische Wissenschaft verstehen.

Diese Sozialwissenschaften sind etwa vor zwanzig Jahren zaghaft und mit bescheidensten Mitteln in das deutsche Wissenschaftssystem eingefügt worden. Es waren wenige Persönlichkeiten, die diesen Anfang getragen haben. Die meisten Sozialwissenschaftler aus der Weimarer Republik hatte der Nationalsozialismus außer Landes getrieben, und nur einige kehrten nach dem Kriege zurück. So verschiedenen geisteswissenschaftlichen Strömungen sie sich verpflichtet fühlten, so waren sie doch vereint in dem Bemühen um rationale Aufklärung und Überwindung nationalsozialistischer Ideologien. Empirische Sozialforschung, amerikanischen Vorbildern folgend und vielfach in naiver Freude am Entdecken der von Propaganda und Ideologie verkrusteten Wirklichkeit methodisch dilettantisch, begann in Deutschland — wie man heute sagen würde — in sozialkritischer Absicht. So ist der Anfang vor 20 Jahren charakterisiert durch die primär literarisch-theoretische Arbeit einzelner großer Persönlichkeiten, die von ihnen geförderte Wendung zur Empirie und eine kleine Schar von Adepten am Rande des sich wieder etablierenden Universitätssystems. Ich darf diese Erinnerungen wachrufen; sie erst machen den außerordentlichen Entwicklungsprozeß der Sozialwissenschaften in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich, den damals niemand erwartet hätte. Das personelle Wachstum läßt sich an der Zahl der planmäßigen Stellen für Soziologie an den wissenschaftlichen und pädagogischen Hochschulen darstellen: 1950 waren es etwa 20, 1960 100, und 1971 waren es 650 Planstellen für Soziologie. Insgesamt kann man heute in den Hochschulen und den hochschulfreien Einrichtungen für Forschung und Lehre mit etwa 1000 graduierten Soziologen rechnen, von denen gut die Hälfte promoviert ist. Für den Bereich der Politischen Wissenschaft gilt grundsätzlich das gleiche. Und wenn auch die Zahl der Psychologen größer ist, so gibt es auch unter ihnen nur eine kleine Anzahl von Sozialpsychologen im engeren Sinne, ebenso wie nur ein Teil der Erziehungswissenschaftler sozialwissenschaftlich arbeitet. Insgesamt ist so auch heute der Kreis der Sozialwissenschaftler trotz hoher Zuwachsraten noch sehr klein, zumal sie überwiegend mit Lehraufgaben stark beansprucht werden. Das institutionelle Wachstum der Sozialwissenschaften ist in erster Linie durch ihre Einbeziehung in das tertiäre Bildungswesen erfolgt. In einer ersten Stufe wurden bis etwa 1960/65 schrittweise an den meisten wissenschaftlichen Hochschulen Hauptfach- und Wahlfachstudiengänge eingerichtet. Die zweite Expansionswelle begann, als die Sozialwissenschaften in das obligatorische Grundstudium der Lehrer einbezogen wurden. Sie ist noch nicht abgeschlossen und wird durch die fortschreitende Berücksichtigung der Sozialwis-

senschaften in weiteren Studiengängen sowie den allgemeinen Ausbau des tertiären Bildungsweges verstärkt. Die Sozialwissenschaften, insbesondere die Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie stehen vor einer neuerlichen Ausweitung ihrer Lehraufgaben, die alle verfügbaren qualifizierten Reserven aufzuzehren droht.

Demgegenüber ist die Entwicklung der Forschungskapazität sehr zurückgeblieben. Die institutionelle Basis hat sich in den letzten zehn Jahren kaum vergrößert: sie besteht im wesentlichen aus den Hochschuleinrichtungen und etwa 10 bis 15 hochschulfreien Instituten. Hinzugekommen sind drei im engeren Sinne sozialwissenschaftliche Sonderforschungsbereiche und einige, die auch sozialwissenschaftliche Arbeitsgruppen im engeren Sinne unterhalten. Betrachtet man die Bewilligungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Wissenschaftsgebiete Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Politische Wissenschaft, Geographie zusammen, so beträgt deren Anteil an den Gesamtbewilligungen der DFG einschließlich der Sonderforschungsbereiche etwa 6 %. Auf den Bereich, von dem hier die Rede ist, dürfte davon die Hälfte entfallen. Rechnet man dazu die Mittel der Max-Planck-Gesellschaft und anderer Forschungseinrichtungen, so dürfte der Anteil der Sozialwissenschaften an der öffentlichen Wissenschaftsförderung unter 1 % liegen.

Die Entwicklung der Sozialwissenschaften in den letzten zehn Jahren läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

- der Personenbestand an Wissenschaftlern hat sich erheblich vergrößert und ist dennoch knapp,
- die Hauptaufgaben liegen in der Bewältigung der wachsenden Lehrfunktionen vielfältiger Art, die sich weiterhin quantitativ ausdehnen werden,
- die institutionell ausgebildete Forschungskapazität ist sehr bescheiden und hat im wesentlichen nur zur Vergrößerung auf ausgewählten anwendungsbezogenen Bereichen geführt (z. B. Bildungsforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jugendforschung),
- die Expansion begründet sich mit der Ausdehnung der Ausbildungsfunktionen, nicht mit der Vergrößerung der Nutzung sozialwissenschaftlicher Forschung,
- die sozialwissenschaftliche Forschung ist daher auch heute noch vorwiegend Arbeit einzelner und kontinuierlicher kleiner Gruppen mit beschränkter Datengewinnungs- und Problemverarbeitungskapazität,
- der wissenschaftliche Entwicklungsstand entspricht dem internationalen Niveau, doch sind von der deutschen Sozialwissenschaft kaum innovative Impulse für die Entwicklung der Sozialwissenschaften ausgegangen. Internationale Beachtung haben im wesentlichen nur Schriften zu wissenschaftstheoretischen und begriffsanalytischen Fragen gefunden.

Welche Tendenzen haben die Entwicklung der Sozialwissenschaften in den letzten zehn Jahren begleitet? Mir scheinen drei Aspekte dominant zu sein: die Ausbreitung sozialwissenschaftlicher Methoden, das Vordringen sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in die Politik und die Diffusion sozialwissenschaftlicher Orientierungsmuster in die Zeitkultur.

Die Ausbreitung sozialwissenschaftlicher Methoden und Fragestellungen in verschiedenen Disziplinen ist rasch erfolgt. In Geographie und Geschichte, in Betriebswirtschaftslehre und Erziehungswissenschaft, in Medizin, Theologie, Rechtswissenschaft, aber auch bei Architekten und in der Literaturwissenschaft ist die »sozialwissenschaftliche Dimension« entdeckt, ihre Berücksichtigung verbreitet sich zunehmend. In vielen Fällen ist zunächst nur ein wachsender Gebrauch von Methoden der empirischen Sozialforschung feststellbar, der rein instrumental und ohne spezifisch sozialwissenschaftliche Fragestellung und auch Methodenkritik erfolgt. Die Durchführung einer Umfrage allein garantiert keineswegs eine sozialwissenschaftliche Erweiterung der Forschungsperspektive. Die instrumentale Verselbständigung der Methoden der empirischen Sozialforschung ist daher eher kritisch zu beobachten. Gleichermaßen problematisch ist die selektive Übernahme von einzelnen Theoremen der Sozialwissenschaften in andere Disziplinen, die sich vielfach davon die Lösung eines selbst empfundenen Theoriedefizits erhoffen. Da es sich dabei häufig auch noch um recht allgemeine Aussagen handelt, die eher geschichtsphilosophischen als empirisch überprüften Charakter tragen, kommt es häufig dazu, daß neue Begriffe nur eine alte Problematik überdecken, ohne substantielle neue Einsichten zu vermitteln. Das alte Wort von G. von Below, die Soziologie sei nur ein Wortmaskenverleih, findet hier noch Berechtigung. Die Konsequenz daraus kann nur die Unterstützung dieses Diffusionsprozesses sein. Die Sozialwissenschaften haben zwar manche Euphorie zu enttäuschen, aber die Offenheit für sozialwissenschaftliche Fragestellungen durch differenzierte und spezifische Anwendungsangebote zu unterstützen.

Auch in der Politik ist ein Vordringen sozialwissenschaftlicher Fragestellungen zu beobachten. Die große Zahl qualitativ ausgezeichneter Berichte der Regierungen und der von ihnen geförderten Kommissionen und Gutachten gibt davon Zeugnis. Der wichtigste Bereich ist hier wohl in der Bildungspolitik gegeben. Die Forderungen nach einer Reform des Bildungswesens sind von Anfang an nicht nur maßgeblich von Sozialwissenschaftlern getragen worden, ihre Begründungen und institutionellen Neuordnungen sind zu einem großen Teil mit sozialwissenschaftlichen Argumenten durchsetzt. Studien über die schichtenspezifischen Unterschiede der Übertrittsquoten in das Gymnasium, Untersuchungen über die Bedeutung des Sprachverhaltens, der Leistungsmotivation u. a. haben die Pläne für eine vorschulische Erziehung, die Gesamtschule und die Organisationsmuster des Erziehungswesens beeinflußt. Wahr-

scheinlich haben im Zusammenhang mit der Bildungsreform die Sozialwissenschaften den größten Einfluß auf politische Entscheidungen in den letzten Jahren ausgeübt. Neue, politisch relevante Gremien, Beratungskommissionen und Institute wurden gegründet, deren eines sogar unter die Schirmherrschaft der anspruchsvollen Max-Planck-Gesellschaft gestellt wurde. Es ist allerdings schwer festzustellen, welche Einflüsse von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen tatsächlich ausgegangen sind, sie vermischen sich leicht mit unabhängig von ihnen bereits getroffenen Entscheidungen. Sie können lediglich dazu dienen, politische Entscheidungen nachträglich zu bestätigen; sie können aber auch wesentlich Neuordnungselemente zur politischen Entscheidung vorschlagen. Es fehlen uns Untersuchungen, die diesen Prozeß, etwa am Beispiel der Bildungsreform, analysieren. Sicherlich aber ist es richtig, daß die Masse der Entscheidungen im Rahmen der Bildungsreform ohne ausreichende sozialwissenschaftliche Forschungsfundierung getroffen werden mußte. Weder die erforderliche Zeit, noch eine eingespielte leistungsfähige Forschungsorganisation hätten dafür zur Verfügung gestanden. Das Gesamtgebiet ist vielseitig und komplex und könnte von keiner einzelnen Forschungsgruppe angemessen bearbeitet werden.

Bemerkenswert aber bleibt — in meiner Sicht — der Umstand, daß die Organisationsreform der Hochschulen ohne Nutzung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse durchgeführt wurde und auch heute noch keine systematische Folgeuntersuchung erfahren hat. Dies ist ein überschaubarer Problemereich, und Organisationsanalysen sind in der Wirtschaftsverwaltung seit langem eingeführt. Das Schlagwort von der Ordinarienuniversität hat in einer überaus interessanten Weise die Analyse der Organisationsstruktur von Hochschulen als überflüssig, alles neue von vornherein als besser erscheinen lassen. Der geringe Grad an sozialwissenschaftlicher Selbstanalyse der Universitäten hat dazu sicher beigetragen, aber ebenso auch die geringe Rolle, die sozialwissenschaftliche Forschung tatsächlich im politischen Prozeß für die Entwicklung neuer institutioneller Ordnungen spielt. Die Erfahrungen mit der Universitätsreform scheinen mir andererseits zu zeigen, daß gerade für institutionelle Reformen sozialwissenschaftliche Untersuchungen einen großen Beitrag zu leisten vermöchten, sei es in der Klärung des zu reformierenden Sachverhaltes, sei es in der prognostischen Beurteilung von Konsequenzen alternativer Reformmaßnahmen.

Angewandte und systematische Sozialforschung für politische Reformprogramme gibt es kaum, und auch in den Vereinigten Staaten kann davon bisher noch nicht in größerem Umfang gesprochen werden, trotz der weit größeren amerikanischen Forschungskapazität. Darüber darf nicht der Umstand hinwegtäuschen, daß Sozialwissenschaftler zunehmend in Beratungsgremien und neuerdings sogar in prominenten Entscheidungspositionen am politischen Pro-

zeß beteiligt sind. Sie mögen sozialwissenschaftliche Argumente liefern und in Begründungszusammenhänge einbringen, doch ihre Mitarbeit allein kann natürlich nicht die fehlende Forschung ersetzen. So sind zwar sozialwissenschaftliche Fragestellungen in den letzten Jahren in die Politik in einem großen Ausmaß eingeführt worden, von einer sozialwissenschaftlichen Fundierung politischer Entscheidungen kann aber nur in einem sehr beschränkten Ausmaß die Rede sein. Das Bedürfnis von Verwaltung und Regierung richtet sich zunächst auf Informationsgewinnung, und dies ist bisher im wesentlichen durch die kommerziellen Meinungsforschungsinstitute befriedigt worden. Doch gerade die Umfrageforschung ist für institutionelle Reformprogramme wenig hilfreich. Wir stehen hier am Beginn einer großen neuen Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Forschung, die noch für viele Jahre nicht befriedigend erfüllt werden können. Die Forderung in der Regierungserklärung, die sozialen Folgen des sozialen Wandels zu untersuchen, und die Notwendigkeit, prognostisch alternative Entscheidungsmöglichkeiten zu entwerfen, hätten eine völlig neue Phase sozialwissenschaftlicher Forschung und ihrer institutionellen Organisation zu eröffnen.

Am stärksten wird in der Öffentlichkeit vielleicht die sozialwissenschaftliche Durchdringung der Zeitkultur bemerkt. Hier ist nun freilich zu unterscheiden zwischen einem modischen Sprachgebrauch, der alte Trivialitäten als neue Einsichten ausgibt, und einer tiefer liegenden Veränderung der allgemeinen Orientierungsmuster und Ordnungsvorstellungen. Das »Soziologen-Deutsch« ist sicher kein schönes Deutsch, es ist ja auch zur Hälfte Englisch. Doch das ist nicht der eigentliche Punkt. Auch andere Wissenschaften haben ja nicht gerade eine Sprache, die man als schönes Deutsch bezeichnen würde. Die Medizin etwa vermeidet nach Möglichkeit die deutsche Sprache für wichtige Begriffe ganz, und wenn Juristen deutsch sprechen, so meinen sie doch in der Regel anderes, als die Vertrautheit mit der Umgangssprache vermuten läßt. Das Problem der Sozialwissenschaften liegt gerade darin, daß sie selbst nur unvollkommen eine standardisierte Fachsprache haben. Doch lassen wir die Sprache auf sich beruhen, auch wenn sie das sichtbarste Zeichen für die sozialwissenschaftliche Durchdringung der Zeitkultur ist.

Die Sozialwissenschaften sind heute zu wichtigsten Produzenten von Konstruktionen der sozialen Wirklichkeit geworden. Gerade dies wird ihnen auch vielfach von außen angesonnen. Dieser Tendenz kommt entgegen, daß sowohl religiös-transzendente wie philosophisch-idealistische als auch historisch-individualistische Begründungen und Erklärungen des individuellen Lebenssinns und der kollektiven Lebensordnungen an Plausibilität und normativer Durchsetzungskraft verlieren. Ein funktionalistisches Weltverständnis und ein Begründungsbedürfnis aus sozialen Gegebenheiten der menschlichen Existenz breitet sich aus. Die Deutung der Welt ist offen, die Rechtfertigungen der

bestehenden Ordnungen sind nachprüfbar. Das Notwendige, für das Einsicht gefordert wird, gilt als sozial veränderbar und politisch gestaltungsfähig. In dieser Situation gewinnen sozialwissenschaftliche Theorien leicht eine problematische Funktion: sie werden zu Deutungsmustern und Orientierungsmitteln. Sie können wie herkömmliche Weltdeutungslehren moralische Begründung oder politische Überzeugungen fundieren. Solche Theorien können sich vor der Realität immunisieren und verselbständigen, obgleich ihnen weiterhin der Anspruch zugeschrieben wird, die soziale Wirklichkeit angemessen zu erfassen. Die Sozialwissenschaften sind daher heute in einer Lage, die sie sowohl in die Rolle des Ideologieproduzenten wie des Ideologiekritikers bringt.

Dies wird dadurch noch verstärkt, daß sozialwissenschaftliche Lehrmeinungen in das allgemeine Bildungswesen eingefügt werden und damit eine Institutionalisierung erfahren, die sie unmittelbar in die Zeitkultur vermitteln. Dies ist eine höchst unkomfortable Situation, in der freilich auch andere Wissenschaften sich befinden. So haben etwa die Geschichtswissenschaft und die Germanistik sozialmoralische Leitideen und politische Orientierungen über das Schulwesen in die Alltagskultur getragen, auch dann, wenn diese Absicht nicht bestand. Die Problematik der Übertragung von hypothetischen Interpretationen akademischer Problemstellungen in die Unterrichtspraxis der Schulen ergibt sich nun auch auf breiter Front für die Sozialwissenschaften, nachdem sie in das Grundstudium der Lehrer und als Unterrichtsfach in die Schulen eingegliedert sind. Die Selbstdomestizierung des Menschen erfolgt zunehmend unter Verwendung sozialwissenschaftlicher Theoreme. Die Sozialwissenschaften müssen sich in die Verantwortung für die Zeitkultur stellen, und was dies konkret bedeutet, das wird aus dem Streit über die Richtlinienentwürfe für den sozialwissenschaftlichen Unterricht einzelner Kultusministerien bereits deutlich. Die Unterrichtsbedürfnisse und die darauf bezugnehmenden Lehrpläne beeinflussen die Stoffauswahl und die Fragestellungen der wissenschaftlichen Arbeit der Hochschulen. Nach einem Satz von Karl Mannheim bestimmt die Lehrgestalt die Wissenschaftsgestalt. Das bedeutet die Betonung solcher Lehr- und Wissenschaftsinhalte, die bevorzugt der sozialmoralischen Orientierung in der Unterrichtspraxis dienen. Von den Lehraufgaben ist daher keine Verstärkung einer empirischen Forschungsorientierung der Hochschulen zu erwarten, eher eine Trivialisierung kodifizierter Lehrstoffe.

In diesem Zusammenhang muß noch auf ein aktuelles Problem hingewiesen werden, und zwar auf die Wiederbelebung des Marxismus. Seine Bedeutung liegt vor allem in seinem Deutungspotential. Mit relativ wenigen theoretischen Konstruktionen verbindet sich ein großer Erklärungsanspruch für die Erfahrung der sozialen Wirklichkeit, der zudem ein geschichtsphilosophischer Sinn zugeschrieben wird, dem sich eine Erlösungshoffnung verbindet. Die

Identifizierung von Marxismus oder Neomarxismus mit den Sozialwissenschaften ist irreführend. Die Sozialwissenschaften sind empirische Einzelwissenschaften, keine universellen Deutungslehren. Sie haben nicht die soziale Wirklichkeit mit den Konstruktionen einer dogmatisierten Theorie durch immer neue interpretative Konjunktionen zu versöhnen, sie haben unter den üblichen Kriterien der Wissenschaftslehre Aussagen zu machen, die sich an der Erfahrung zu bewähren haben. Damit ist natürlich nichts gesagt gegen die Fruchtbarkeit marxistischer Fragestellungen im einzelnen, auch nicht gegen das Postulat der gleichzeitigen Analyse von Wirtschaftsprozeß, Sozialstruktur, Herrschaftsordnung und Kultursystem, das häufig aus marxistischer Perspektive erhoben wird. Dieses Postulat wird von den Sozialwissenschaften heute nur selten verwirklicht, doch seine Einlösung wird nicht durch die Aufhebung der sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen und ihrer Erkenntnisprobleme in eine einheitliche, d. h. marxistisch ausgerichtete Gesellschaftswissenschaft gefördert, sondern nur durch die Erhöhung der kooperativen Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften im weiteren Sinne.

Fassen wir zusammen: die Sozialwissenschaften stehen vor einer dreifachen Herausforderung:

Die Methoden der empirischen Sozialforschung und die Fruchtbarkeit sozialwissenschaftlicher Fragestellungen haben sich soweit bewährt, daß von ihnen verstärkt ein Beitrag zur wissenschaftlichen Erklärung gefordert wird – von den Sozialwissenschaften selbst, von anderen Wissenschaften und von der Öffentlichkeit. Daraus ergibt sich ein wachsender Leistungsdruck auf die theoretisch-methodologische Entwicklung.

Der Wandel der Gesellschaft und ihre politische Steuerung problematisieren die Sozialordnung in einem umfassenden Sinne. Die alle Industrieländer umfassende neue Modernisierungswelle ist nicht nur eine Welle technischer Innovationen, an die sich die Gesellschaft anzupassen hat, sondern eine weitgreifende Institutionenreform, an deren Anfang wir stehen. Angemessene Problemlösungen fordern genaue Problemanalysen und die Prognose von Folgen alternativer Lösungsmöglichkeiten. Als wünschenswert gilt auch ein sozialwissenschaftliches »Frühwarnsystem«, das soziale Konflikte schon erkennbar macht, bevor sie sich zu sozialen und menschlichen Notlagen ausbilden oder gewalttätige Austragungsformen annehmen. Gleichmaßen wird eine ex post Evaluierung von Maßnahmen, ein Beitrag zur Erfolgskontrolle den Sozialwissenschaften angesonnen. Daraus ergibt sich ein wachsender Leistungsdruck auf die Fähigkeit zu anwendungsbezogenen Problemanalysen.

Der Wandel der Zeitkultur, der zunehmende gesellschaftliche Begründungszwang für die Sozialordnung und die Bedürfnisse nach Sinnggebung und Deutung der Gegenwart lassen sozialwissenschaftliche Aussagen und Thesen zu allgemeinen Orientierungshilfen werden, die sich aus dem Forschungskontext

verselbständigen und ideologischen Charakter gewinnen können. Daraus ergibt sich ein Leistungsdruck in Hinblick auf die Selbstkritik der Forschungsergebnisse und die Selbstreflexion von Dogmatisierungen einzelner Aussagenkomplexe.

Die Sozialwissenschaften sehen sich so einer umfassenden Herausforderung ausgesetzt: sie müssen rasch

- ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen,
- ihre Ergebnisse anwendungsfähig werden lassen,
- ihre Orientierungsfunktion selbst kontrollieren.

Das aber bedeutet einen qualitativen Sprung ihrer Forschungskapazität, und zwar keineswegs nur in Deutschland. Wir stehen vor Aufgaben, die über die deutsche Situation hinausweisen und für die auch herkömmliche Förderungsmaßnahmen in anderen Ländern nicht ausreichen.

Solche großen Worte bedürfen sofort einer Qualifikation. Ich meine nicht, daß nunmehr statt der Philosophen die Soziologen Könige werden sollten. Ich meine nicht, daß durch die Ausweitung sozialwissenschaftlicher Forschung die Zukunft einfacher planbar werde oder die Gegenwart erfolgreicher zu steuern sei. Mir liegt ein Neo-Saint-Simonismus fern. Auch die vielberufenen Gefahren einer Sozialtechnokratie als politische Herrschaftsform sind nicht größer, wenn die sozialwissenschaftliche Forschung ausgedehnt wird. Sie sind eher geringer, je besser und innovativer die Forschung selbst sein kann. Nicht also die Meinung, daß alles besser und einfacher würde, wenn nur endlich die sozialwissenschaftliche Intelligenz mitregieren dürfe, begründet die These, die sozialwissenschaftliche Forschung stehe vor der Notwendigkeit eines qualitativen Sprunges.

Es ist viel einfacher.

Die Sozialwissenschaften werden deswegen nicht länger in selbstgenügsamer Kontemplation und literarischer Kritik der Welt verharren können, weil es auch ohne sie geht. Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften ist es auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften so, daß mangelnde wissenschaftliche Kenntnisse keineswegs das Handeln beschränken. Ohne technisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse ist es nicht möglich, ein Flugzeug oder eine Brücke zu bauen. Die Gesellschaft läßt sich aber ohne sozialwissenschaftliche Kenntnisse organisieren, und kulturelle Leitbilder lassen sich normativ durchsetzen, ohne daß man dafür der Hilfe sozialwissenschaftlicher Technologien bedürfte. Macht ersetzt Wissen – solange die sozialen Folgen nicht der Herrschaft die Legitimität entziehen.

Rational begründetes Handeln und die Voraussicht der Bedingungen und Alternativen für die Selbstorganisation der menschlichen Existenz sind Ziele, für die sozialwissenschaftliche Forschung ihren Beitrag leisten kann. Die

Ansprüche und Erwartungen, die heute an die Sozialwissenschaften gestellt werden, können nicht abgewiesen werden. Sie sind legitim. Um so größer ist aber die Gefahr, daß unzureichende Forschung, kurzatmige Projekte und aktualitätsbezogene Problembeschränkung die mögliche Entwicklung sozialwissenschaftlicher Forschung hemmen. Die Folge könnte nur ideologische Schließung der offenen Problematik der Selbstorganisation des Menschen sein. Eine umfassende und systematische Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung ist wissenschaftlich, politisch und kulturell geboten. Förderungsmaßnahmen müssen die Herausforderung in ihren verschiedenen Aspekten ebenso berücksichtigen, wie die Lage der Sozialwissenschaften selbst. Das bedeutet im einzelnen:

- die Förderung kontinuierlicher Dauerbeobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung,
- die Verbesserung der Datengewinnung und Datenauswertung,
- den Aufbau von Forschungskapazitäten, die wechselnde Forschungsaufgaben zuverlässig und rasch zu bewältigen vermögen,
- die Einrichtung von neuen Formen der wissenschaftlichen Kooperation zur Problembestimmung und Projektentwicklung.

Die Förderung kontinuierlicher Dauerbeobachtung

Sozialwissenschaftliche Forschung ist bisher wesentlich als Einzelprojektforschung betrieben worden. Wir haben kaum Forschung, die einmal durchgeführte Untersuchungen wiederholt, unter Veränderung der Variablen, den gleichen Gegenstand erneut beobachtet, Entwicklungsprozesse langfristig erfaßt. Sozialwissenschaftliche Forschung ist heute so angelegt, daß ihre Ergebnisse monographischen Charakter tragen, selten schon aus methodischen Gründen kumulieren können. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen bieten Momentaufnahmen und erreichen bestenfalls eine komparative Statik.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Tepoztlán ist ein mexikanisches Dorf, das von Robert Redfield, einem berühmten Anthropologen, 1940 untersucht wurde. Er schildert das Dorf und seine Menschen als eine harmonische Sozietät und ganz im Sinne idyllischer Vorstellungen der Homogenität und interpersonaler Verbundenheit zwischen Menschen kleiner agrarischer Gemeinden. 10 Jahre später besuchte ein anderer berühmter Anthropologe erneut Tepoztlán. Oscar Lewis fand das Dorf von Konflikten zerrissen, die Menschen egoistisch, auf ihren eigenen Vorteil bedacht, ohne die Freude und Freundlichkeit von Redfield. Hier haben wir einen der wenigen Fälle, in denen überhaupt einmal eine Wiederholungsstudie durchgeführt wurde, und die Ergebnisse waren völlig verschieden. Wer von den beiden hatte das richtige Bild gezeichnet?

Beide hatten recht: Redfield und Lewis. Der eine war nämlich in Tepoztlán zur Zeit der Fiesta, der andere zu einer Zeit ohne Feiern und Feste. Jeder schilderte das Dorf so, wie es zu seiner Zeit war. Das Dorf aber war im Ablauf des Jahres beides und wahrscheinlich noch mehr. Das Beispiel mag trivial erscheinen, es ist aber charakteristisch für den Stand sozialwissenschaftlicher Forschung: Einmalige Anstrengungen führen zu einer Beschreibung und Problemanalyse, die am gleichen Forschungsobjekt kaum repliziert werden. Einzelfallstudien gelten als wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über einen komplexen Gegenstand für viele Jahre, ohne regelmäßig überprüft und differenziert zu werden.

Empirische Untersuchungen, die sich mit dem modernen Industriearbeiter beschäftigen, lassen sich an zwei Händen abzählen, und dabei darf man sich nicht auf deutsche Studien beschränken. Die Kenntnisse, die wir von der Industriearbeiterschaft haben, stehen in keinem Verhältnis zu der Literatur, die sich essayistisch mit dem Arbeiter befaßt. Der Arbeiter ist im Grunde unbekannt. Auch der Angestellte ist ein unbekanntes Wesen, mehr vielleicht noch, da für ihn das formelle Beschäftigungsverhältnis noch geringere Aussagekraft für seine Lebenslage hat. So werden heftige Diskussionen geführt über Klassencharakter oder die Nivellierungstendenzen der sozialen Schichtung. Solche Themen sind deswegen literarisch so leicht abzuhandeln, weil keine differenzierten, empirischen Kenntnisse vorliegen und die aufgestellten Thesen nur der Kritik im Hinblick auf ihre begriffliche Konsistenz und impressionistische Plausibilität unterliegen. Diese Situation kann nun nicht dadurch verbessert werden, daß eine neue Studie über die Arbeiterschaft durchgeführt wird, ihr Einkommen und ihr Bewußtsein, ihre Aufstiegschancen oder ihre politische Apathie. Hier hilft nur die Überwindung der Diskontinuität der einzelnen Projektforschung durch Verstärkung der Dauerbeobachtung. Das ist auch eine Voraussetzung für die Belebung der gesamtgesellschaftlichen Analyse und des Systemvergleiches, beides regelmäßig erhobene Forderungen.

Die Dauerbeobachtung sozialer Entwicklungen bedarf der Organisation neuer Grundlagen für sozialwissenschaftliche Forschung. Universitätsinstitute sind für derartige Aufgaben strukturell nicht gerüstet. Die Beschränkung der Förderung auf diese Betriebsform führt zu einer Einschränkung der empirischen Kenntnisse und damit auch zu einer Stagnation der Entwicklung methodischer wie theoretischer Werkzeuge zur Verbesserung der Analyse der Gesellschaft.

Die Förderung der Infrastruktur der sozialwissenschaftlichen Forschung

Für sozialwissenschaftliche Forschung auf der Makroebene gibt es drei wesentliche Wege der Datengewinnung: die Umfrageforschung, die Aggregatdatenanalyse und die Inhaltsanalyse. Die Umfrageforschung bezieht sich ins-

besondere auf die Untersuchung von Einstellungen (soweit nicht durch Umfragen einfach Sachverhalte erhoben werden), die Aggregatdaten beziehen sich auf Eigenschaften von Kollektiven, und die Inhaltsanalyse dient der Beschreibung der kulturellen Manifestationen. Alle drei Methoden sind in den letzten Jahren gut entwickelt worden, worin eine der wesentlichsten Leistungen der Sozialforschung zu sehen ist. Sie erfordern aber große Aufwendungen und können von kleinen Forschungsteams nicht mehr allein bewältigt werden. Wir bedürfen der Ausbildung von leistungsfähigen und relativ groß dimensionierten Hilfseinrichtungen für die sozialwissenschaftliche Forschung, die Aufgaben der Datenerhebung und Datenverarbeitung methodisch sachgemäß selbst vornehmen und andere bei Anlage und Durchführung empirischer Untersuchungen beraten können. Hier liegen die Investitionen für die Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur der sozialwissenschaftlichen Forschung. Sozialwissenschaftliche Forschung braucht keine großen apparativen und baulichen Investitionen wie die Naturwissenschaften; ihre Bedürfnisse liegen auf dem personalintensiven Gebiet der Datengewinnung und der Rechenkapazität weniger elektronischer Datenverarbeitungsanlagen. Diese können aber weitgehend unabhängig von einzelnen Projekten aufgebaut werden, sind unter verschiedenen Aufgabestellungen verwendbar und können daher zentral als Hilfseinrichtungen für viele Forscherteams unterschiedlicher lokaler Plazierung errichtet werden.

Die Förderung leistungsfähiger Institute für anwendungsbezogene Forschung

Der Ruf nach anwendungsbezogener Projektforschung kann erst dann seriös erfüllt werden, wenn zugleich die oben genannten Grundgegebenheiten entwickelt werden. Kurzfristige Auftragsforschung kann die in der Regel sehr komplexen Informationsbedürfnisse nicht aus dem Stand erfüllen. Eine effiziente anwendungsbezogene Projektforschung, die im Interesse aller Planungsaufgaben liegt, muß neben der Einarbeitung in den komplexen Sachverhalt, die Anlage der Untersuchung, die Durchführung der Datengewinnung, die Auswertung und die technologische Zurichtung der Ergebnisse leisten. Gerade ein starkes öffentliches Interesse an anwendungsbezogener Projektforschung sollte sich nicht täuschen lassen durch rasche Studien, die etwa auf der Basis einer Meinungsumfrage Orientierungsgrößen liefern und höchst vordergründigen Charakter tragen müssen. Auch ad hoc zusammengestellte Forschungsgruppen vermögen die Erwartungen nicht zu erfüllen. Hier bedarf es des Ausbaues mehrerer leistungsfähiger Forschungsinstitute, die technisch kompetent und praktisch erfahren sind. Bei der unvermeidlichen Institutionalisierung von leistungsfähigen Kapazitäten für anwendungsbezogene Forschung gilt es, Bereichsmonopole zu verhindern und wissenschaftliche Konkurrenz zu sichern.

Die außeruniversitäre Errichtung von Hilfseinrichtungen, Kapazitäten zur Dauerbeobachtung und für anwendungsbezogene Projektforschung nehmen den Hochschulen nichts weg. Sie können die Hochschulforschung in ihren Hauptaufgaben der Sekundäranalyse und Methodenkritik, der Weiterbildung der Theorie, der Entwicklung neuer Fragestellungen und der Durchführung von Pilotstudien nur unterstützen. Die zeit- und kostenaufwendige Datenbeschaffung und ihre häufig nur partielle Auswertung hemmen den wissenschaftlichen Fortschritt gerade auch in den Hochschulen und fördern das Interesse an theoretischen Problemen ohne empirischen Gehalt. Da empirische Daten nur in beschränktem Umfang von theoretisch interessierten Forschern selbst beschafft werden können, sind sie im besonderen auf ein funktionierendes empirisches Forschungssystem angewiesen. Die Nationalökonomie ist an den Hochschulen keineswegs durch die Existenz der großen Wirtschaftsforschungsinstitute ausgetrocknet worden, im Gegenteil: deren Arbeit hat auch die Hochschulforschung befruchtet.

Die Förderung neuer Formen der Kooperation

Die Sozialwissenschaften haben spezifische Kooperationsprobleme untereinander, mit anderen Wissenschaften und mit der Praxis. Unter den Stichworten der interdisziplinären Forschung und des Theorie-Praxis-Problems ist darüber viel gesprochen und mehr noch dazu gefordert worden. Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich mit komplexen Erfahrungsgegenständen unter je spezifischen Fragestellungen. Dieser Ausschnitt aus der empirischen Totalität der Phänomene kann die Realität immer nur begrenzt erfassen. Unser Interesse, insbesondere das der Öffentlichkeit, gilt aber der Erklärung der Totalität von Phänomenen. Daher bedarf es für eine wissenschaftlich ausreichende Erklärung von sozialen Prozessen und Tatbeständen stets der Kooperation verschiedener wissenschaftlicher Fragestellungen, der Vermittlung ihrer Forschungsergebnisse und der multidisziplinären Problembestimmung. Dies gilt um so mehr, als soziale Phänomene stets in konkreten institutionellen Ordnungszusammenhängen stehen, die genauer Analyse bedürfen. Will man darüber hinaus auch noch zu Vorschlägen für Veränderungen von sozialen Strukturen oder die Beeinflussung von Prozessen kommen, so müssen dafür stets auch die konkreten institutionellen Realisierungen entwickelt werden. Die vielberufene Praxislosigkeit der Sozialwissenschaften, ihr mangelnder Anwendungsbezug, ihre theoretische Komplexität, die keine Problemlösung erkennbar oder doch konkret verwirklicht erscheinen läßt: dies alles ist das Ergebnis einer ungenügenden Institutionenkenntnis und Institutionenanalyse, nicht einer arroganten Mentalität von elfenbeinernen Gelehrten.

Differenziertere Analysen des institutionellen Ordnungsrahmens können Soziologen oder Sozialpsychologen allein nicht vornehmen. Ihnen dies anzu-

sinnen, ist unbillig, denn sie wären nicht Sozialwissenschaftler, wenn sie auch Ökonomen, Juristen und Verwaltungsfachleute wären. Es gibt der Beispiele genug: Was bedeutet und wie läßt sich etwa Mitbestimmung konkret verwirklichen in verschiedenen institutionellen Bereichen, mit welchen Wirkungen auf andere Institutionen, mit welchen Aggregationseffekten im gesellschaftlichen Prozeß und welchen tatsächlichen Teilnahmechancen für den Bürger? Unter welchen Bedingungen haben welche institutionellen Vorkehrungen eine Chance, welche Konflikte gewaltlos austragungsfähig zu machen und zudem noch Effizienz und Legitimität ihres Bestandes dauerhaft sicherstellen zu können? Alle großen Gestaltungsprobleme der Gegenwart sind von einer Art, daß sie in sich verbinden die Analyse des individuellen Verhaltens, des kollektiven Interesses, der organisatorischen Zweckmäßigkeit, der institutionellen Ordnungsbestimmung und der Legitimierung ihrer normsetzenden Wirkungen. Dies sind Forschungsaufgaben, die Kooperation verlangen schon im Ansatz der Problembestimmung. Gleiches gilt natürlich auch für den kulturellen Bereich. Es fehlt eine systematische sozialwissenschaftliche Analyse der kulturellen Wertvorstellungen, ihrer Verhaltensrelevanz und der Bedeutung ihrer Institutionalisierungsprozesse. Die große Aufgabe, vor der die Sozialwissenschaften stehen, ist die simultane Analyse des Verhaltens, der Institutionen und der Wertsysteme, sowie die Erklärung der Interrelationen zwischen diesen Ebenen.

Doch auch und gerade die anwendungsbezogene Projektforschung, auf die unmittelbare Interessen gerichtet sind, bedarf einer Projektvorbereitungskapazität, die längst nicht mehr von wenigen ad hoc verpflichteten Personen oder kleinen Forschungsinstituten geleistet werden kann. Dies gilt insbesondere für die Analyse komplexer Zusammenhänge und die Prognose sozialer Entwicklungen unter Berücksichtigung technischer Innovationen und des Wandels kultureller Wertvorstellungen. Der Entwicklung der wissenschaftlichen Kooperation kommt aus wissenschaftlichen wie praktischen Bedürfnissen eine eminente Bedeutung zu. Es gibt diese Forderung seit langem, doch das bisher Erreichte ist nicht sehr befriedigend. Was hätte man hier zu tun? Ich meine, innovative Forschungseinrichtungen sind erforderlich, bloße Appelle und normative Bestimmungen bei der Antragstellung für Forschungsmittel genügen nicht. Auch hier bedürfen wir eines Sprunges in Neuland, der im Falle der Sozialwissenschaften von folgendem auszugehen hätte:

- Der Umfang der erforderlichen Kompetenzmobilisierung ist außerordentlich weit gesteckt, greift weit über den Kreis der Sozialwissenschaften im weitesten Sinne hinaus, umfaßt auch technische und naturwissenschaftliche Disziplinen, Medizin und Geisteswissenschaften.
- Das Ausmaß der jeweils nötigen Kompetenzkoordination ist nicht allgemein, sondern problemspezifisch festzustellen.

- Die apparative Ausstattung für solche Kompetenzzusammenführung ist gering, die Kooperation erfolgt nicht über technische Anlagen, sondern über Fragestellungen.
- Die Kompetenzkooperation ist projektspezifisch und daher zeitlich begrenzt.
- Sozialwissenschaftliche Kooperation ist daher primär ein Personalproblem.
- Eine Trennung von Wissenschaft und Praxis ist den Aufgabenstellungen insofern unangemessen, als die konkrete Praxiserfahrung von der Wissenschaft nicht erworben werden kann, aber in die Problemstellung eingehen muß.

Vielerlei Bestrebungen richten sich auf die Ermöglichung solcher Kooperationsbeziehungen: Symposien, Arbeitsgruppen, Kommissionen versuchen mit unterschiedlichem Erfolg hier tätig zu werden und der allgemein geforderten Kooperationsförderung zu dienen. Sie finden ihre Grenzen in der einmaligen oder doch sehr kurzfristigen Zusammenarbeit und der nebenamtlichen Teilnahme. Die Kompetenzkoordination kann nicht nur vom Willen von Individuen getragen sein, sie muß institutionelle Grundlagen und Effizienzkriterien haben.

Mir scheint, es empfiehlt sich darüber nachzudenken, wie die knappen, aber vorhandenen Kompetenzen in Wissenschaft und Praxis effizienter und fruchtbarer koordiniert werden könnten. Ich bin der Meinung, daß die sozialwissenschaftliche Forschung unter einer Unternutzung ihrer intellektuellen Kapazität leidet. Wenn dies richtig ist, was nur ein großer Versuch über einige Jahre hinweg widerlegen könnte, so ist eine rasche Steigerung der Forschungsleistung der Sozialwissenschaften gerade auf dem Wege neuartiger Kompetenzorganisation erfolversprechend. Vielleicht müssen wir nach institutionellen Erfindungen suchen.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war einmal eine derartige institutionelle Erfindung von größter Bedeutung und innovativer Wirkung aufgrund weniger Gestaltungsideen: zukunftssträchtige Forschungsprogramme unter der Leitung von ausgewiesenen Wissenschaftlern sollten auf längere Dauer gefördert werden insbesondere dann, wenn für sie in der durch Lehrfunktionen bestimmten Universität noch keine Grundlagen bestehen oder wenn sich die Industrieforschung ihrer nicht annimmt. Angesichts der für die naturwissenschaftliche Forschung stets erforderlichen apparativen Ausstattung war die Gründung von Instituten außerhalb der Hochschulorganisation dafür die angemessene Realisierungsform.

Für die Sozialwissenschaften hätte eine solche Gestaltungsidee etwa zu lauten: Zukunftssträchtige Problemstellungen und Projektentwicklungen sollten durch kompetente Arbeitsgruppen auf begrenzte Zeit gefördert werden insbe-

sondere dann, wenn sie Probleme betreffen, die in der Universitätsforschung vernachlässigt werden oder denen sich keine anderen Institutionen widmen. Unter der Annahme, daß die empirische Forschung in Hilfseinrichtungen, Einrichtungen zur Dauerbeobachtung und leistungsfähigen Sozialforschungsinstituten eine ausreichende Infrastruktur besitzt, ist für solche Aufgaben die Zusammenführung von Personen entscheidend, nicht die apparative Ausstattung. Die Gründung von Instituten könnte daher entfallen, wenn die Angehörigen von Arbeitsgruppen für eine begrenzte Zeit von anderen beruflichen Verpflichtungen freigestellt würden.

Ein solches Programm hätte folgende Vorteile:

- es würde nicht zu einem Auszug von wissenschaftlicher Kompetenz aus den Hochschulen beitragen,
- es könnte Personen zusammenführen, die nicht örtlich konzentriert sind (wie Sonderforschungsbereiche es erfordern), und auch Ausländer beteiligen,
- es wäre projektgebunden terminiert und stünde unter dem Erfordernis der Antragsbegründung und Ergebnisprüfung,
- es würde zu keiner langfristigen Institutionalisierung von Experimenten führen, Flexibilität im Mitteleinsatz und Elastizität in der Problemauswahl sichern,
- es könnte in ein Verbundsystem mit den Instituten der Sozialforschung einbezogen werden,
- es könnte der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nutzbar gemacht werden und der Hochschulforschung verbunden bleiben.

Vielleicht erscheint der hier umrissene Zuschnitt schon als zu weitläufig. Ich möchte dem jedoch entgegenhalten, daß weder eine Politik der fallweisen Projektforschung, noch der Institutsgründung für besondere anwendungsorientierte Bereiche jene rasche Belebung und Kapazitätsausweitung sozialwissenschaftlicher Forschung sichern kann, die angesichts der bestehenden Aufgaben meines Erachtens erforderlich sind. Innovative Einrichtungen sind erforderlich, die Grenzen der Forschung überwinden, die notwendig im Organisationssystem von Hochschulen und speziellen Instituten liegen. Es wäre daher zu überlegen, ob für solche innovativen Aufgaben nicht eine eigene Organisation zu schaffen wäre, der der Name Max Webers Breite der Orientierung, Wissenschaftlichkeit in der Problembehandlung und Praxisbezug zur Verpflichtung machen würde.

Gewiß kostet das alles Geld. Die Erwartungen, die an die Sozialwissenschaften heute gestellt werden, können jedoch nicht mehr auf der Basis der bisherigen Organisation sozialwissenschaftlicher Forschung erfüllt werden. Lassen wir das Eigeninteresse der Sozialwissenschaften beiseite und beschränken wir uns auf die öffentlichen Bedürfnisse in Politik und im Bildungswesen. Je größer die sozialwissenschaftlichen Begründungszwänge für die Gestaltung, Reform und Legitimierung unserer Gesellschaftsordnung werden — und das unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften selbst —, um so größer ist die Notwendigkeit, daß diese Begründungen wissenschaftlich fundiert und kontrolliert werden.

»Wissenschaft im Käfig«

Wichtiger ist noch, daß wir die Rechte, die uns durch das Ordnungsrecht genommen werden sollen, zu einem selbstverständlichen Teil unseres Studiums machen. Das heißt, daß in jeder Vorlesung und jedem Seminar über die Lehrinhalte und ihre gesellschaftliche Bedeutung diskutiert wird.

UNI-PRESS, Materialien zum Ordnungsrecht, Hrsg. AStA-Kollektiv der Justus-Liebig-Universität, Gießen 1974, S. 4